

Internationales Zivilprozeßrecht

von

Notar Dr. Reinhold Geimer
München

Verlag Dr. Otto Schmidt KG • Köln

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abgekürzt zitierte Literatur	XLVII
Abkürzungsverzeichnis	LI
Erster Teil: Grundlegung	1
1. Kapitel: Gegenstand und Begriff des internationalen Zivilprozeßrechts.	1
2. Kapitel: Das Verhältnis des internationalen Zivilprozeßrechts zum internationalen Privatrecht	5
3. Kapitel: Entscheidungsharmonie.	17
4. Kapitel: Das internationale Zivilprozeßrecht als Teil des internationalen Verfahrensrechts.	25
5. Kapitel: Rechtsquellen.	28
6. Kapitel: Internationales Zivilprozeßrecht und Grundgesetz.	53
7. Kapitel: Anknüpfungspunkte.	60
8. Kapitel: Qualifikation.	65
Zweiter Teil: Lex fori-Prinzip oder System der kollisionsrechtlichen Verweisung auch im Prozeßrecht?.	67
Dritter Teil: Gerichtsbarkeit	79
1. Kapitel: Begriff und Grenzen der Gerichtsbarkeit	79
2. Kapitel: Befreiung von der Gerichtsbarkeit	101
3. Kapitel: Die Staatenimmunität	117
4. Kapitel: Die Immunität der Organe des völkerrechtlichen Verkehrs	151
5. Kapitel: Immunität von Truppen fremder Staaten.	161
6. Kapitel: Einschränkungen der deutschen Gerichtsbarkeit im Hinblick auf deutsches Auslandsvermögen.	162
7. Kapitel: Internationale Organisationen.	163
Vierter Teil: Internationale Zuständigkeit	166
1. Kapitel: Generalia	166
2. Kapitel: Ausschließliche internationale Zuständigkeiten.	171

Inhaltsübersicht

3. Kapitel: Die Regelung der internationalen Zuständigkeit in der deutschen ZPO.	189
4. Kapitel: Internationale Notzuständigkeit.	203
5. Kapitel: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht . . .	207
6. Kapitel: Die Lehre vom forum non conveniens.	213
7. Kapitel: Forum Shopping.	218
8. Kapitel: Die Grundlinien der internationalen Zuständigkeitsordnung des autonomen deutschen Rechts.	224
9. Kapitel: Anknüpfungen für die internationale Zuständigkeit	246
10. Kapitel: Vereinbarungen über die internationale Zuständigkeit (Internationale Zuständigkeitsvereinbarungen).	307
11. Kapitel: Die Prüfung der internationalen Zuständigkeit	347
12. Kapitel: Regelung der internationalen Entscheidungszuständigkeit in völkerrechtlichen Vereinbarungen.	360
Fünfter Teil: Justizgewährungsanspruch.	367
Sechster Teil: Die Parteien und ihre Vertreter.	392
Siebter Teil: Internationales Beweisrecht.	402
Achter Teil: Die Anwendung ausländischen Rechts durch die deutschen Gerichte.	425
Neunter Teil: Die Bedeutung eines im Ausland anhängigen Verfahrens bei Identität oder Konnexität des Streitgegenstandes.	433
Zehnter Teil: Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen.	438
1. Kapitel: Anerkennung ausländischer Entscheidungen.	438
2. Kapitel: Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel.	470
Elfter Teil: Internationales Zwangsvollstreckungsrecht.	483
Zwölfter Teil: Internationale Rechtshilfe.	488
Sachverzeichnis.	495

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	VII
Abgekürzt zitierte Literatur.	XLVII
Abkürzungsverzeichnis.	LI

Erster Teil: Grundlegung

1. Kapitel: Gegenstand und Begriff des internationalen Zivilprozeßrechts

I. Überblick	1
II. Definitionsversuche.	2
III. Auslandsbezogenheit	3
IV. Kein internationales Recht	3
V. Öffentliches Recht	4
VI. Regelungsinhalte.	4
VII. Kollisionsrecht	4

2. Kapitel: Das Verhältnis des internationalen Zivilprozeßrechts zum internationalen Privatrecht

I. Gegenstand der Regelung	5
II. Das lex fori-Prinzip.	5
III. Keine Beschränkung auf bloße Rechtsanwendung	5
IV. Unterschiede zwischen dem ordre public-Vorbehalt im IPR und IZPR	5
1. Strukturelle Unterschiede	5
2. Der kollisionsrechtliche ordre public (Art. 6 EGBGB).	6
3. Der anerkennungsrechtliche ordre public (§ 328 I Nr. 4 ZPO)	7
a) Weiteres Anwendungsfeld	7
b) Geringere Angriffssintensität	7
c) Anwendung auch gegenüber deutschem Recht	8
V. Keine (räumliche) Fixierung auf eine Rechtsordnung	8
VI. Unterschiede bei den Anknüpfungen	9
VII. Gegenseitigkeit	10
VIII. Retorsion.	10
IX. Die internationale Fungibilität der Gerichte - eine Fiktion ebenso wie die (grundsätzliche) Austauschbarkeit der Rechtsordnungen.	10

Inhaltsverzeichnis

X. Selbständigkeit des IZPR gegenüber dem IPR	11
1. Kompetenzrecht	11
2. Anerkennungsrecht	11
XI. Die Reichweite der Verweisung der IPR-Kollisionsnorm	15
1. Keine Verweisung auf das Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrecht der lex causae	15
2. Keine Verweisung auf das Kompetenzrecht der lex causae	15
3. Eigenständiges Verfahrenskollisionsrecht?	15
4. Die Grenzen zwischen materiellem Recht und Verfahrensrecht	15
XII. Priorität des IZPR?	17

3. Kapitel: Entscheidungsharmonie

I. Kompetenzrecht	17
II. Anerkennungsrecht	17
III. Beachtung ausländischer Rechtsvorstellungen im inländischen Verfahren	18
IV. Die Bedeutung des Forums für den Ausgang des Prozesses	20
1. Gerichtsverfassung	20
2. Verfahrensablauf	20
3. Anwendbares Recht	23
4. Durchsetzbarkeit	23
5. Rechtsklima	23
6. Judizielles Gesamtsystem	23
V. Die Einebnung der Unterschiede durch das Anerkennungsrecht.	24
VI. Formeller Entscheidungseinklang bei mehreren (widersprüchlichen) Entscheidungen über den gleichen Streitgegenstand	24

4. Kapitel: Das internationale Zivilprozeßrecht als Teil des internationalen Verfahrensrechts

I. Die Bereiche des internationalen Verfahrensrechts	25
II. Das Verhältnis des IZPR zum internationalen Strafverfahrensrecht	25
1. Adhäsionsverfahren	25
2. Bindung des Zivilrichters an Feststellungen des Strafrichters	25
a) Keine Bindung im deutschen Erkenntnisverfahren	25
b) Anerkennung ausländischer Urteile	26
3. Die Vollstreckung ausländischer Strafurteile	27
III. Verhältnis zum Verwaltungsstreitverfahren	27
1. Kompetenzrecht	27
2. Anerkennungsrecht	28

5. Kapitel: Rechtsquellen

I. Völkergewohnheitsrecht	28
1. Achtung der Souveränität fremder Staaten - Gebietshoheit	28
2. Immunitätsrecht	29
3. Fehlen einer internationalen Zuständigkeitsordnung	29
4. Fremdenrechtlicher Mindeststandard	30
a) Justizgewährung	30
b) Recht auf angemessene Verteidigung	31
c) Mediatisierung des Menschen im klassischen Völkerrecht	31
d) Diplomatischer Schutz	32
e) Parallelität zwischen diplomatischem Schutz und Gerichtsschutz nach innerstaatlichem Recht	33
5. Menschenrechte	33
a) Überblick	33
b) Effektiver Rechtsschutz	34
c) Pflicht zur Anerkennung	34
6. Völkerrechtliche Anerkennungs- und Vollstreckungsverbote	35
7. Die extraterritoriale Wirkung fremder Hoheitsakte	35
8. Völkerrechtliche Voraussetzungen für die Anwendung eigenen Rechts	37
a) Notwendigkeit intensiverer Verknüpfung als für die Bejahung der internationalen Zuständigkeit	37
b) Beschaffenheit dieser Verknüpfungen	37
c) Konkurrierende Zuständigkeiten	38
9. Völkerrechtliche Verpflichtung zur Ermittlung ausländischen Rechts?	39
10. Völkerrechtliche Zulässigkeit zur Verurteilung zum Handeln oder Unterlassen im Ausland, wenn der Aufenthalts- bzw. Heimatstaat (gegensätzliche) Verhaltensnormen aufgestellt hat	39
a) Das Verfahren gegen die Deutsche Bank	39
b) Extraterritoriale Weisungen des Heimat- und Wohnsitzstaates	40
c) Exportverbote	41
d) Devisenrechtliche Anordnungen	41
e) Sonstige öffentlich-rechtliche Verbote	41
11. Durchgriffshaftung	41
12. Zuständigkeitsdurchgriff	41
13. Gewaltverbot	42
14. Gerichtsverfahren gegen völkerrechtswidrig Entführte	42
15. Gegenstände, die völkerrechtswidrig ins Inland gebracht wurden	42
16. Völkerrechtliche Haftung für Gerichtsurteile	42
a) Verstoß gegen Völkerrechtsnormen	42
b) Weitere Fälle völkerrechtlicher Haftung	43
aa) Fehlurteile	43
bb) Nichthoheitliches Handeln	43

Inhaltsverzeichnis

c) Local remedy-rule	44
d) Völkerrechtlicher Anspruch auf Aufhebung des völkerrechtswidrigen Urteils.	44
e) Einschaltung internationaler Gerichte.	44
aa) Kassatorische Urteile.	44
bb) Feststellungsurteil.	45
cc) Leistungsurteil.	45
f) Schadensersatz bei (innerstaatlichem) Fortbestand des völkerrechtswidrigen Urteils.	46
g) Die innerstaatliche Wirkung völkerrechtswidriger Urteile	46
h) Wiederaufnahmemöglichkeit nach deutschem Recht	47
17. Reaktionsmöglichkeiten nicht (unmittelbar) betroffener Staaten auf Völkerrechtsverletzungen.	47
II. Völkervertragsrecht	48
1. Überblick	48
2. Inhalt der Staatsverträge.	48
a) Festschreiben eines internationalen Mindeststandards	48
b) Schaffung von Einheitsrecht	49
III. Recht der Europäischen Gemeinschaften.	52
1. EuGVÜ.	52
2. Zuständigkeitendes EuGH.	52
IV. Autonomes Recht	52

6. Kapitel: Internationales Zivilprozeßrecht und Grundgesetz

I. Eröffnung internationaler Zuständigkeit	53
1. Justizgewährungsanspruch des Klägers.	53
2. Gerichtspflichtigkeit des Beklagten	53
3. Unterschiedliche Behandlung von In-und Ausländern.	54
II. Anerkennung	54
1. Pflicht zur Anerkennung	54
2. Versagungsgründe.	54
III. Bereich der Rechtsprechung in internationalrechtlichen Angelegenheiten.	* 54
1. Verkehr mit ausländischen Behörden zum Zwecke der Rechts- hilfe.	54
2. Rechtsstellung der Konsularbeamten/Diplomaten bei Verneh- mung von Zeugen und Erhebung sonstiger Beweise.	55
3. Anforderungen an den Begriff „Gericht“.	56
4. Entscheidungsmonopol der Landesjustizverwaltung in Ehesa- chen.	56
IV. Die innerstaatliche Geltung der Normen des Völkerrechts in der Bundesrepublik Deutschland.	57
1. Überblick	57

2. Allgemeine Regeln des Völkerrechts	57
3. Sonstige Regeln des Völkerrechts (regionales und partikuläres Völkergewohnheitsrecht)	58
4. Völkerrechtliche Verträge	58
V. Keine Bindung der Gerichte an die Rechtsmeinung der Regierung zu völkerrechtlichen Fragen	58
VI. Feststellungskompetenz des BVerfG zu Fragen des Völkerrechts	59

7. Kapitel: Anknüpfungspunkte

I. Staatsangehörigkeit	60
1. Überblick	60
2. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit	61
3. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	61
4. Gleichgestellte Personen	62
II. Wohnsitz	62
III. Gewöhnlicher Aufenthalt	63
IV. In- bzw. Ausland	63
V. Parteiautonomie	64
1. Kompetenzrecht	64
2. Zustellungsrecht	64
2. Anerkennungrecht	64
4. Disponibilität des Verfahrens- und Beweisrechts	64

8. Kapitel: Qualifikation

I. Keine eigenständigen Qualifikationsmethoden	65
II. Die Abgrenzung zwischen Prozeßrecht und Sachrecht	65
III. Auslegung der Begriffe in Staatsverträgen	66

**Zweiter Teil: Lex fori-Prinzip oder System
der kollisionsrechtlichen Verweisung auch im Prozeßrecht?**

I. Überblick: Der Standpunkt der hM	67
II. Dogmatische Begründung des lex fori-Prinzips	67
III. Nichtanwendung deutscher Verfahrensnormen	68
IV. Anwendung ausländischen Prozeßrechts	68
V. Beurteilung ausländischer Verfahrensakte nach ausländischem Verfahrensrecht	70
VI. Eigenes Verfahrenskollisionsrecht?	70
VII. Stellungnahme	71
1. Selbsthilfeverbot	71
2. Justizgewährungsanspruch	72

Inhaltsverzeichnis

3. Klagbarkeit	73
4. Richtet sich die Zulässigkeit der Klage auf Erfüllung einer ver- traglichen Verpflichtung nach der ausländischen lex causae oder der deutschen lex fori?	73
5. Entmündigungsverfahren	75
6. Geständnis	75
7. Geständnisfiktion im Versäumnisfall	76
8. Präklusionsvorschriften	76
9. Streitgegenstand	76
10. Urteilsgegenstand	76
11. Lex fori und contempt of court	78
12. Folgen der Fehlerhaftigkeit eines Gerichtsurteils.	78

Dritter Teil: Gerichtsbarkeit

1. Kapitel: Begriff und Grenzen der Gerichtsbarkeit

I. Überblick	79
II. Der Stand der völkerrechtlichen Diskussion.	79
a) Anwendung eigenen Rechts.	79
b) Tätigwerden der eigenen Gerichte.	80
III. Fehlen einer völkerrechtlichen Zuständigkeitsordnung	81
IV. Verbot der Justizverweigerung	82
1. Völkergewohnheitsrecht	82
2. Völkervertragsrecht	83
V. Minimalbezug zum Gerichtsstaat als Voraussetzung für die Beja- hung der internationalen Zuständigkeit.	84
VI. Keine Garantie bestimmter international gebräuchlicher Zustän- digkeitsanknüpfungen durch das Völkergewohnheitsrecht - auch kein Verbot sog. exorbitanter Gerichtsstände	84
VII. Völkerrechtliche Grenzen für gerichtliche Anordnungen, Maßnah- men und Entscheidungen mit (faktischen) Auswirkungen auf das Ausland	85
1. Verurteilung zur Leistung bzw. Unterlassung im Ausland	85
2. Erzwingung eines Handelns im Ausland durch Zwang im In- land	85
3. Zwangsvollstreckung	86
4. Zustellungen.	88
a) Förmlich beurkundete Übergabe des zuzustellenden Schrift- stücks.	88
b) Übersendung durch die Post	89
c) Persönliche Übergabe an den Empfänger im Parteibetrieb unter Umgehung der Zustellungsorgane des Aufenthaltsstaa- tes des Empfängers.	90

d) Unmittelbare Zustellung im Ausland durch die diplomatische oder konsularische Vertretung des Gerichtsstaats	90
5. Ladungen	91
a) Benachrichtigungen über das im Inland stattfindende Verfahren	91
b) Anordnung des persönlichen Erscheinens gegenüber Personen, die sich im Ausland aufhalten	91
6. Schriftliche Befragung von Zeugen, die sich im Ausland aufhalten	94
7. Anordnung der Vorlage von Urkunden	95
8. Beauftragung von Sachverständigen, die sich im Ausland aufhalten	95
9. Beweiserhebung im Ausland	95
10. Tätig werden eines vom deutschen Gericht beauftragten Sachverständigen	95
11. Anwesenheit deutscher Richter bei Erledigung eines (deutschen) Rechtshilfeersuchens durch das ausländische Gericht.	96
12. Beweisaufnahmen durch diplomatische oder konsularische Vertreter	96
a) Haager Beweisübereinkommen	96
b) Verbot der Anwendung von Zwangsmitteln	96
c) Die Handhabung in der BRepD	97
d) Kautelen zum Schutz der von der diplomatischen/konsularischen Beweisaufnahme betroffenen Personen	98
13. Beweisaufnahme durch Beauftragte des Gerichts (Commissioners)	98
14. Sachverhaltsaufklärung im Ausland durch die Parteien bzw. deren Anwälte ohne Auftrag des Gerichts	100
VIII. Ausländisches öffentliches Recht	100
1. Ausländische Hoheitsakte	100
2. öffentlich-rechtliche Streitgegenstände	101
3. Gewerblicher Rechtsschutz	101
4. Anweisungen an ausländische Standesbeamte	101
5. Versorgungsansprüche, die bei einem ausländischen Versorgungsträger entstanden sind	101

2. Kapitel: Befreiung von der Gerichtsbarkeit

I. Ausgangspunkt der Immunitätslehre: Die Staatenimmunität	101
II. Immunitätsträger	102
1. Organe des Völkerrechtsverkehrs	102
2. Staatsorgane ohne besonderen völkerrechtlichen Status	102
3. Erosion der Abgrenzungsmerkmale Immunität <i>ratione personae</i> - <i>ratione materiae</i>	103
III. Klagezustellung und Ladung von ausländischen Staaten bzw. Immunitätsträgern	103

Inhaltsverzeichnis

IV. Verschiedene Ausgestaltung der Immunitätsbereiche	104
V. Keine Relativität der Immunität	105
VI. Befreiung von der Zeugnispflicht	105
VII. Rechtsquellen.	105
VIII. Immunität internationaler Organisationen.	107
IX. Kein Ausschluß der Immunität bei völkerrechtswidrigem Verhalten.	107
X. Drittwirkung der Immunität	107
XI. Verzicht auf Immunität	108
1. Überblick.	108
2. Einseitige Erklärung	108
3. Vertraglicher Verzicht	108
4. Zuständigkeit	108
5. Umfang des Verzichts.	109
6. Zeitpunkt.	109
7. Form.	109
8. Schlüssiges Verhalten.	109
9. Widerruflichkeit	109
10. Immunitätsverzicht gegenüber Privaten.	109
XII. Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes.	110
XIII. Feststellungskompetenz des BVerfG.	111
XIV. Prüfung von Amts wegen.	111
XV. Beweislast	111
XVI. Innerstaatliche Wirksamkeit einer das Immunitätsrecht verletzenden deutschen Entscheidung	111
XVII. Notwendigkeit der Versagung der Anerkennung eines ausländischen Urteils bei Überschreitung der Gerichtsbarkeit des Urteilsstaates.	112
XVIII. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Urteile zu Lasten eines ausländischen Staates oder sonstigen Immunitätsträgers.	114
1. Überblick.	114
2. Zulässigkeit der Erstreckung der Wirkungen des ausländischen (anererkennungsfähigen) Urteils kraft Gesetzes ohne Durchführung eines Anerkennungsverfahrens.	114
3. Unzulässigkeit der Durchführung eines Anerkennungs- oder Vollstreckbarerklärungsverfahrens.	115
4. Feststellungsverfahren nach Art. 21 des Europäischen Übereinkommens über die Staatenimmunität	115
5. Anerkennungs- bzw. Vollstreckbarerklärungsvoraussetzungen	116
XIX. Abgrenzungsfragen.	116
1. Verhältnis zur ausschließlichen Zuständigkeit des EuGH	116

2. Völkerrechtliche Verträge über die internationale Entscheidungszuständigkeit116
3. Kapitel: Die Staatenimmunität	
I. Überblick117
1. Immunitätstheorien117
2. Keine Deckungsgleichheit zwischen Immunität für Erkenntnis- und für Vollstreckungsverfahren119
3. Völkerrechtliche Anerkennung des fremden Staates119
4. Anerkennung der fremden Regierung119
5. Gliedstaaten und kommunale Gebietskörperschaften120
6. Kodifikationen und Kodifikationsentwürfe121
7. Zurückdrängung des Grundsatzes der Mediatisierung des Menschen im Völkerrecht?121
8. Rechtshistorisches121
II. Die Staatenimmunität nach allgemeinem Völkergewohnheitsrecht122
1. Erkenntnisverfahren122
2. Vollstreckungsverfahren124
3. Arrest- und einstweilige Verfügungsverfahren130
4. Vergleichs- und Konkursverfahren131
5. Klagen gegen Amtsträger (Beamte)131
6. Staatsunternehmen132
7. Dingliche Klagen133
8. Erbschaftsklagen133
9. Verzicht auf Immunität (Unterwerfung)133
10. Ausländischer Staat als Kläger134
11. Ausländischer Staat als Widerbeklagter134
12. Aufrechnung135
13. Streitverkündung an fremden Staat135
14. Verfahrensablauf135
15. Rechtlosstellung des Klägers135
16. Diplomatischer Schutz135
17. Internationale Zuständigkeit136
18. Retorsion137
19. Zustellung von Klagen gegen fremde Staaten137
20. Säumnis des beklagten Staates138
21. Keine Befreiung von der materiellen Rechtsordnung des Forumstaates139
III. Das Europäische Übereinkommen über die Staatenimmunität v. 16. Mai 1972139
1. Vertragsstaaten139
2. Überblick140
a) Keine Unterscheidung zwischen <i>acta iure imperii</i> und <i>acta iure gestionis</i>140

Inhaltsverzeichnis

b) Keine Abgrenzung zwischen Gerichtsbarkeit und internationaler Zuständigkeit140
3. Die vom Übereinkommen akzeptierten Zuständigkeitsanknüpfungen141
4. Die vom Übereinkommen verpönten beziehungsarmen Gerichtsstände141
5. Mindeststandard für Prozesse gegen Vertragsstaaten142
6. Vollstreckungsverbot142
7. Anerkennungs- und Erfüllungspflicht143
8. Unterwerfung unter die Jurisdiktion des Gerichtsstaates145
a) Der ausländische Staat als Kläger/Antragsteller oder Intervenant145
b) Der ausländische Staat als Beklagter/Antragsgegner145
9. Fehlen der Immunität auch ohne Unterwerfung146
a) Gerichtsstand des Erfüllungsortes146
b) Gerichtsstand des Beschäftigungsortes in Arbeitssachen147
c) Gerichtsstand der Mitgliedschaft148
d) Gerichtsstand der Niederlassung148
e) Gerichtsstand für Patente und sonstige gewerbliche Schutzrechte148
f) Forum rei sitae149
g) Gerichtsstand der Erbschaft und Schenkung150
h) Gerichtsstand des Schadenseintritts150
10. Vereinbarung der schiedsgerichtlichen Streiterledigung150
11. Gerichtliche Vermögensverwaltung151

4. Kapitel: Die Immunität der Organe des völkerrechtlichen Verkehrs

I. Staatsoberhäupter151
II. Regierungsmitglieder152
III. Ständige Missionen152
1. Diplomaten152
a) Grundsatz: Absolute Immunität ratione personae152
b) Ausnahmen153
c) Der Diplomat als Kläger/Antragssteller153
d) Der Diplomat als Zeuge154
e) Keine Befreiung von der materiellen Rechtsordnung des Empfangsstaates154
f) Keine Exterritorialität154
g) Rechtswidrige Angriffe der privilegierten Personen155
h) Regnicos155
i) Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates155
2. Verwaltungs- und technisches Personal155
3. Familienmitglieder156
4. Dienstpersonal der Mission156

5. Hausangestellte von Mitgliedern der Mission156
6. Aufhebung der Immunität156
7. Unterschied zwischen der Immunität des Personals diplomatischer Missionen und der Immunität des Personals internationaler Organisationen.157
8. Ne impediatur legatio157
9. Kuriere.157
10. Rechtsstellung der Diplomaten in dritten Staaten.157
11. Nichtvertragsstaaten des Wiener Übereinkommens.158
IV. Spezialmissionen158
V. Konsularische Vertretungen.159
1. Immunität nur für dienstliches Handeln.159
2. Zeugnispflicht160
3. Urkundenvorlage.160
4. Immunitätsverzicht.160
5. Abgrenzung zwischen konsularischen (dienstlichen) und privaten (nichtdienstlichen) Tätigkeiten160
6. Wahrnehmung diplomatischer Aufgaben durch Konsul.161
7. Wahrnehmung diplomatischer Aufgaben durch diplomatische Vertreter.161
8. Honorar- und Wahlkonsuln.161
9. Unverletzlichkeit der Konsulatsräume und Archive.161
10. Beschränkung der persönlichen Freiheit des Konsularbeamten in Ausführung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils161
11. Nichtvertragsstaaten des Wiener Übereinkommens.161
5. Kapitel: Immunität von Truppen fremder Staaten	
I. Überblick161
II. NATO-Truppen.162
6. Kapitel: Einschränkungen der deutschen Gerichtsbarkeit im Hinblick auf deutsches Auslandsvermögen.162
7. Kapitel: Internationale Organisationen	
I. Überblick163
II. Vereinte Nationen.163
III. Die Immunität der Beamten der Vereinten Nationen.164
IV. Die SpezialOrganisationen der Vereinten Nationen.164
V. Sonstige internationale Organisationen.165
VI. Die Rechtsstellung von Missionen und Delegationen bei universellen internationalen Organisationen.165
VII. Internationaler Gerichtshof165

Vierter Teil: Internationale Zuständigkeit

1. Kapitel: Generalia

I. Begriff der internationalen Zuständigkeit	166
II. Verhältnis zur Gerichtsbarkeit	166
III. Fehlen einer völkerrechtliche Zuständigkeitsordnung	167
IV. Gegenstand der Normen über die internationalen Zuständigkeit	167
V. Unterschied zwischen internationaler Entscheidungs- und Anerkennungszuständigkeit	168
1. Kongruenz-Regel des § 328 I Nr. 1 ZPO	168
2. Ausnahmen	169
VI. Konkurrierende internationale Zuständigkeit	170
VII. Ausschließliche internationale Zuständigkeit	170
VIII. Keine Beschränkung der Kognitionsbefugnis in territorialer Sicht	171
IX. Keine Kognitionsbeschränkung bezüglich Vorfragen	171

2. Kapitel: Ausschließliche internationale Zuständigkeiten

I. Rechtsquellen	171
1. Völkergewohnheitsrecht	171
2. Vertragsrecht	171
3. Autonomes deutsches Recht	172
II. Unmittelbare staatliche Interessen erzwingen nicht die Inanspruchnahme der ausschließlichen internationalen Zuständigkeit für die eigenen Gerichte.	173
1. Überblick	173
2. Rechtsanwendungsinteresse	173
3. Besondere Eignung der inländischen Gerichte?	175
4. Anwendung „schwierigen“ Rechts nur durch inländische Richter?	175
5. Keine Kohärenz von Rechtsgang (Verfahrensrecht) und Rechtsanwendung	176
6. Souveränitätsinteressen des Inlandes	177
7. Abwehr ausländischer Macht	178
8. Theorie von der Nichtanwendbarkeit ausländischen öffentlichen Rechts.	179
9. Beweis- und Rechtsnähe	180
III. Parteiinteressen	180
IV. Kein Schutz des Jurisdiktionsinteresses dritter Staaten	182
V. Völkerrechtliche Bindung	183
1. Überblick	183
2. Alle beteiligten Staaten sind Vertragspartner einer Konvention	183

3. Der Erststaat ist nicht vertraglich gebunden	183
VI. Beeinträchtigung der Justizgewährung im Inland durch Beachtung ausschließlicher internationaler Zuständigkeiten fremder Staaten	185
1. Unbeachtlichkeit des ausschließlichen Jurisdiktionsanspruchs fremder Staaten.	185
2. Zuweisung ausschließlicher internationaler Zuständigkeiten an fremde Staaten durch das deutsche Recht?	185
VII. Durchbrechung der Kongruenzregel des § 328 1 Nr. 1 ZPO?	189

3. Kapitel: Die Regelung der internationalen Zuständigkeit in der deutschen ZPO

I. Die Gesetzestechnik	189
II. Die Doppelfunktion der Gerichtsstandsnormen.	190
1. Die örtliche Zuständigkeit indiziert die internationale Zuständigkeit	190
2. Zuständigkeitsvereinbarungen.	190
3. Arbeitsgerichtsbarkeit und freiwillige Gerichtsbarkeit	190
4. Ausnahmen	
a) Innerstaatlich nicht unterscheidungskräftige Anknüpfungspunkte.	191
b) Unterschiedliche Anknüpfungen für internationale Zuständigkeit und örtliche Zuständigkeit	191
c) Abänderungsklagen	191
d) Notgerichtsstand	192
e) Weitere im Schrifttum diskutierte Fallgruppen.	192
5. örtliche Ersatzzuständigkeit, wenn internationale Zuständigkeit der BRepD zu bejahen ist, obwohl nach §§12 ff. ZPO kein örtlich zuständiges Gericht zur Verfügung steht	193
III. Internationale Zuständigkeit zur Durchführung eines Mahn Verfahrens.	194
IV. Die (unergiebig) Diskussion über (angebliche) Fälle des Fehlens der internationalen Zuständigkeit der BRepD, obwohl ein Gerichtsstand nach §§ 12 ff. ZPO gegeben ist	194
1. Ausgrenzung von Scheinproblemen.	194
2. Vermögenslosigkeit des Beklagten.	194
3. Feststellungsinteresse im Inland?	196
4. Keine Beachtung der Beanspruchung der ausschließlichen internationalen Zuständigkeit durch einen fremden Staat	197
5. Deutsche internationale Zuständigkeit ohne Rücksicht auf die Anerkennung des deutschen Urteils im Ausland.	198
V. Internationale Unzuständigkeit wegen Eigenart des Streitgegenstandes?	198
1. Riezlers Lehre von der sachlichen internationalen Unzuständigkeit	198

Inhaltsverzeichnis

2. Ausschließliche internationale Zuständigkeit des Auslands . . .	199
3. Beispiel: Klagen aus ausländischen Patenten, Warenzeichen und ähnlichen Schutzrechten.	199
VI. Die internationale Zuständigkeit im Gefüge der Prozeßvoraussetzungen	200
1. Die internationale Zuständigkeit als selbständige von der örtlichen Zuständigkeit zu unterscheidende Prozeßvoraussetzung.	200
2. Prozeßabweisung bei internationaler Unzuständigkeit der BRepD - keine Verweisung	201
3. Heilung des Mangels der internationalen Zuständigkeit mit Rechtskraft.	201
VII. Kein Verbot, ausländische Gerichte anzurufen.	201
VIII. Arglistiges Herbeiführen des Kompetenztatbestandes durch den Kläger - Erschleichen der internationalen Zuständigkeit	202
IX. Keine internationale Zuständigkeit aufgrund Zuständigkeitsverweisung	202
X. Keine internationale Zuständigkeit der BRepD aufgrund deutscher Staatsangehörigkeit des Klägers.	203
XI. Keine internationale Zuständigkeit der BRepD aufgrund deutscher Staatsangehörigkeit des Beklagten.	203
XII. Keine internationale Zuständigkeit der BRepD kraft Sachzusammenhangs.	203
4. Kapitel: Internationale Notzuständigkeit	
I. Die verschiedenen Hypothesen.	203
II. Eröffnung eines inländischen Forums.	204
III. Zuständigkeitsvereinbarungen.	205
IV. Nichtanwendung des §328 1 Nr. 5 ZPO?.	205
V. Art. 6 I der Menschenrechtskonvention.	205
VI. Die „heilsamen Wirkungen“ des Vermögensgerichtsstandes	205
VII. Freiwillige Gerichtsbarkeit.	206
VIII. Internationale Anerkennungszuständigkeit.	206
5. Kapitel: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht	
I. Internationale Entscheidungszuständigkeit	207
1. Kein positiver Gleichlauf: Keine internationale Zuständigkeit der BRepD aufgrund Maßgeblichkeit deutschen Rechts.	207
a) Eigener Standpunkt.	207
b) Das Postulat eines generellen forum legis.	208
c) Forum legis (nur) für Gestaltungsklagen?.	208
d) Durchsetzung international zwingenden Rechts (ordre public-Zuständigkeit).	210

e) Derogationsverbot zur (besseren) Wahrung des aus deutscher Sicht international zwingenden Rechts?	210
f) Rechtswahlklauseln	211
2. Kein negativer Gleichlauf	211
a) Keine internationale Unzuständigkeit der BRepD aufgrund Anwendbarkeit ausländischen Sachrechts.	211
b) Keine internationale Unzuständigkeit der BRepD wegen Nichtanerkennung der deutschen Entscheidung durch die lex causae.	212
II. Internationale Anerkennungszuständigkeit	212
 6. Kapitel: Die Lehre vom forum non conveniens	
I. Überblick	213
II. Die Thesen Wahls	213
III. Stellungnahme	214
IV. Auch keine executio non conveniens	215
V. Internationale Anerkennungszuständigkeit	215
VI. Einzelfragen	216
1. Zuständigkeitsvereinbarungen	216
2. Staatsangehörigkeitszuständigkeit	216
3. Durchführung eines Beweissicherungsverfahrens im Inland	217
4. Scheitern der Auslandszustellung	217
VII. Rechtsvergleichendes.	217
 7. Kapitel: Forum Shopping	
I. Wahl des für den Prozeßsieg günstigsten Forums.	218
II. Abschaffung aller konkurrierenden Spezialgerichtsstände.	219
III. Einführung streitgegenstandsbezogener ausschließlicher internationaler Zuständigkeiten.	220
IV. Das Wahlrecht des Klägers	220
V. Die Steuerungsmöglichkeiten des Beklagten	221
1. Die Rüge der internationalen Unzuständigkeit	221
2. Vorbehaltlose Einlassung	221
VI. Abwehrstrategien des Beklagten	222
1. Präventive negative Feststellungsklage.	222
2. Klage auf Unterlassung der Klageerhebung in einem international unzuständigen Staat?	222
3. Schadensersatzklage wegen ungerechtfertigter Verfahrenseinleitung im Ausland.	224

8. Kapitel: Die Grundlinien der internationalen Zuständigkeitsordnung des autonomen deutschen Rechts

I. Bewertung der Zuständigkeitsinteressen	224
II. Die Bedeutung der internationalen Urteilsanerkennung für eine vernünftige und ausgewogene Zuständigkeitspolitik	226
III. Der Wohnsitz/Sitz des Beklagten als Ausgangspunkt der deutschen Zuständigkeitsordnung	227
1. Grundsatz	227
2. Ausnahme: Ehe- und Kindschaftssachen	228
IV. Die Allzuständigkeit des Wohnsitzstaates	229
V. Personenbezogene und sachliche (streitgegenstandsbezogene) Zuständigkeitsanknüpfungen	230
1. Maßgebliche Zuständigkeitsanknüpfungen	230
2. Beklagten- und Klägergerichtsstände	230
VI. Keine internationale Streitgenossenzuständigkeit	231
1. Grundsatz	231
2. Ausnahmen	231
VII. Internationale Zuständigkeit der BRepD für reine Ausländerprozesse	233
VIII. Die Hauptsäulen für die internationale Zuständigkeit der BRepD, wenn der Beklagte keinen inländischen Wohnsitz/Sitz hat	235
IX. Arbeitsrechtsstreitigkeiten	236
X. Versicherungssachen	236
XI. Verbrauchersachen	236
XII. Wettbewerbsachen	236
XIII. Kartellsachen	236
XIV. Gerichtspflichtigkeit des Beklagten/Antragsgegners	237
XV. Gerichtspflichtigkeit des Klägers	237
XVI. Beteiligung Dritter	237
1. Nebenintervention	237
2. Unbeantwortete Streitverkündung	237
3. Garantieurteil	238
XVII. Zeugen	238
XVIII. Erlaß von Arresten und einstweiligen Verfügungen	238
1. Überblick	238
2. Justizgewährungsanspruch	239
3. Notwendigkeit der Auslandsvollstreckung als ausreichender Arrestgrund	239
XIX. Erlaß von einstweiligen Anordnungen	240
XX. Zwangsvollstreckungsverfahren	240
1. Überblick	240
2. Justizgewährungsanspruch	240

3. Völkerrechtliche Grenzen	241
4. Forderungspfändung	241
5. Klagen im Zusammenhang mit der Zwangsvollstreckung	242
a) Vollstreckungsabwehrklage	242
b) Drittwiderspruchsklage	242
c) Widerspruchsklage im Zusammenhang mit dem Verteilungsverfahren	243
XXI. Erlaß konkursrechtlicher Entscheidungen	243
XXII. Feststellung, daß die Wirkungen einer ausländischen Entscheidung im Inland anzuerkennen sind	243
1. Automatische Wirkungserstreckung (= Anerkennung) kraft Gesetzes	243
2. Feststellungsklage	243
3. Ausschließlichkeit der internationalen Zuständigkeit?	243
4. Anerkennungsverfahren vor der Landesjustizverwaltung	244
XXIII. Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Titels im Inland	244
XXIV. Beweiserhebungen außerhalb eines Rechtsstreits	244
XXV. Freiwillige Gerichtsbarkeit	244
XXVI. Internationale Zuständigkeit der staatlichen Gerichte auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit	245
1. Inländische Schiedsverfahren	245
2. Ausländische Schiedsverfahren	245

9. Kapitel: Anknüpfungen für die internationale Zuständigkeit

I. Vorbemerkung	246
II. Wohnsitz- bzw. Aufenthaltzuständigkeit	247
1. Universalistischer Ansatz der deutschen Zuständigkeitsordnung	247
2. Ersatzanknüpfungen bei wohnsitzlosen Personen	247
3. Internationale Zuständigkeit trotz Wohnsitzes im Ausland für vermögensrechtliche Streitigkeiten aufgrund Aufenthalts im Inland	247
4. Qualifikationsfragen	248
5. Die Wohnsitzfiktion des §15 ZPO	248
6. Der Sitz als Zuständigkeitsanknüpfung bei juristischen Personen und parteifähigen Personenvereinigungen	249
7. Der Vorrang des GVÜ	249
8. Statusverfahren	249
9. Streitgegenstandsferne der Wohnsitz/Sitzzuständigkeit	249
10. Einschränkung der Allzuständigkeit des Wohnsitzstaates durch ausschließliche internationale Zuständigkeiten fremder Staaten?	250
11. Keine Erweiterung der internationalen Zuständigkeit des Wohnsitzstaates im Falle passiver Streitgenossenschaft	252

Inhaltsverzeichnis

12. Derogierbarkeit	252
13. Klägergerichtsstände	252
14. Erbrechtliche Streitigkeiten	253
15. Maßgeblicher Zeitpunkt	253
16. Exkurs: Internationale Anerkennungszuständigkeit	253
17. Freiwillige Gerichtsbarkeit	256
III. Staatsangehörigkeit	256
1. Überblick	256
2. Keine Ausschließlichkeit	256
3. Nichteffective deutsche Staatsangehörigkeit	256
4. Staatsbürger der DDR	257
5. Deutschen Staatsbürgern gleichgestellte Personen	257
6. Kein Gleichlauf zwischen forum und ius	257
7. Irrelevanz der Parteirolle	257
8. Frühere deutsche Staatsangehörigkeit	258
9. Erbstreitigkeiten	258
10. Vormundschafts-, Pflugschafts- und sonstige familiengerichtliche Verrichtungen über Deutsche	259
11. Keine Derogierbarkeit	259
12. Internationale Anerkennungszuständigkeit	259
IV. Gerichtsstand des Vermögens	259
1. Überblick	259
2. Klageart	260
3. Kein Zusammenhang mit dem Streitgegenstand	260
4. Kritik der h. M.	260
5. Legitimität der Belegenheitszuständigkeit	261
6. Ratio legis	262
7. Klarheit und Rechtssicherheit	262
8. Notzuständigkeit	262
9. Selbstregulierung	263
10. Keine Relation zwischen dem Wert des inländischen Vermögens und dem Wert des Streitgegenstandes	263
11. Keine Beschränkung auf Kläger mit Wohnsitz/Sitz im Inland	264
12. Keine Subsidiarität des Vermögensgerichtsstandes	264
13. Kein Arrestgerichtsstand	265
14. Teleologische Reduktion des Vermögensbegriffes	265
15. Behauptungs- und Beweislast	266
16. Gewerblicher Rechtsschutz	266
17. Irrelevanz der Nichtanerkennung des deutschen Urteils im Ausland	266
18. Klagen gegen ausländische Staaten	266
19. Maßgeblicher Zeitpunkt	266
20. Derogierbarkeit	266
21. Die Anwendbarkeit des § 23 ZPO außerhalb des Erkenntnis Verfahrens	267
22. Die Auswirkungen des GVÜ auf §23 ZPO.	267

23. Sonstige Staatsverträge über die internationale Entscheidungszuständigkeit	268
24. Internationale Anerkennungszuständigkeit	269
a) autonomes deutsches Recht	269
b) Vertragsrecht	270
25. Rechtsvergleichendes	270
V. Internationale Zuständigkeit aufgrund Unterwerfung des Beklagten	270
1. Ausdrückliche Unterwerfung	270
2. Konkludente Unterwerfung durch Unterlassen der Rüge der internationalen Unzuständigkeit in limine litis	271
3. Prozeßhandlung	271
4. Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten	271
5. Ausschließliche internationale Zuständigkeit fremder Staaten	271
6. Maßgeblicher Zeitpunkt	271
7. Keine Prüfung der internationalen Zuständigkeit von Amts wegen bei Teilnahme des Beklagten am Rechtsstreit	272
8. Rüge nur der örtlichen Zuständigkeit	272
9. Mehrere Streitgegenstände	272
10. Passive Streitgenossenschaft	272
11. Hilfsweise Einlassung zur Hauptsache	273
12. Widerklage	273
13. Notwendigkeit des Festhaltens an der Rüge der internationalen Unzuständigkeit	273
14. Rechtsmittelinstanzen	273
15. Klage am forum derogatum	274
16. Vorrang des Art. 18 GVÜ	275
17. Bedingte Einlassung für den Fall des Obsiegens	275
18. Exkurs: Internationale Anerkennungszuständigkeit	275
a) Ausdrückliche Unterwerfung	275
b) Anwendung des § 39 ZPO	275
VI. Internationale Belegenheitszuständigkeit	276
1. Überblick	276
2. Streitigkeiten über Mobilien, Forderungen und sonstige Rechte	277
3. Streitigkeiten über inländischen Grundbesitz	277
4. Mietstreitigkeiten bezüglich im Inland gelegenen Wohnraums	277
5. Ausschließlichkeit des forum rei sitae	277
6. Vertragsrecht	278
7. Internationale Anerkennungszuständigkeit	278
VII. Gerichtsstand der Mitgliedschaft - Internationale Zuständigkeit betreffend Klagen inländischer Vereine, juristischer Personen und Handelsgesellschaften gegen ihre Mitglieder und umgekehrt sowie für Klagen zwischen den Mitgliedern	278
1. Internationale Entscheidungszuständigkeit	278

Inhaltsverzeichnis

2. Internationale Anerkennungszuständigkeit	279
VIII. Zweigniederlassung im Inland.	279
1. Ratio legis	279
2. Selbständige Leitung	280
3. Kein Gerichtsstand des Abschlussortes.	280
4. Kein Aktivgerichtsstand.	280
5. Gerichtsstand der inländischen Agentur.	280
6. Gerichtsstand des inländischen Hauptbevollmächtigten in Ver- sicherungssachen	281
7. Gerichtsstand der inländischen Geschäftsstelle.	282
8. Gerichtsstand des inländischen Heimathafens bzw. des inlän- dischen Heimatortes.	282
9. Mahnverfahren.	282
10. Derogierbarkeit	282
11. Internationale Anerkennungszuständigkeit	282
IX. Fora für Klagen aus Verträgen.	283
1. Abschlussort	283
2. Ort der Übernahme des Gutes.	283
3. Bestimmungsort	283
4. Der für die Ablieferung bestimmte Ort	283
5. Erfüllungsort	284
6. Zahlungsort für Wechsel- und Scheckklagen.	284
7. Ort der tatsächlichen Erfüllungsleistung	284
8. Ort der Vermögensverwaltung	284
9. Ort des Mietobjekts.	284
10. Wohnort, ersatzweise gewöhnlicher Aufenthalt des Abzah- lungskäufers.	284
11. Betriebsort bzw. Sitz des Unternehmens.	285
12. Abänderungsklage.	285
13. Gebührenklagen.	285
14. Internationale Anerkennungszuständigkeit	285
X. Insbesondere: Der Gerichtsstand des inländischen Erfüllungs- ortes.	285
1. Streitigkeiten aus einem Vertragsverhältnis.	285
2. Bestimmung des Erfüllungsorts nach der lex causae.	285
3. Maßgeblicher Erfüllungsort	286
4. Klagen, die das gesamte Vertragsverhältnis betreffen.	286
5. Streit über Bestehen/Nichtbestehen des Vertragsverhältnisses	286
6. Culpa in contrahendo.	286
7. Die Besonderheit des Art. 59 EKG.	286
8. Vertraglich vereinbarter Erfüllungsort	287
9. Anspruchskonkurrenz	287
10. Behauptungs- und Beweislast	287
11. Beispiele	288
12. Internationale Anerkennungszuständigkeit	288

XI. Ort der unerlaubten Handlung - Forum delicti commissi	288
1. Ratio legis	288
2. Alternative Anknüpfung an den Handlungs- und Erfolgsort	289
3. Irrelevanz des Schadensortes	289
4. Heranziehung des maßgeblichen Deliktsrechts bei der Abgrenzung des Erfolgsortes von dem kompetenzrechtlich unbeachtlichen Schadensort	290
5. Verletzung des Persönlichkeitsrechts	291
6. Unlauterer Wettbewerb	292
7. Verletzung gewerblicher Schutzrechte	293
8. Kartellzivilprozeß	293
9. Umweltschäden	293
10. Vorbeugender Rechtsschutz	294
11. Anspruchskonkurrenz	294
12. Kognitionsbefugnis der deutschen Gerichte	294
13. Sondergesetzliche Ausprägung	295
14. Behauptungs- und Beweislast	295
15. Kein Gleichlauf zwischen forum und ius	295
16. Exkurs: Bestimmung eines gemeinsamen Gerichtsstandes für Schädiger und Kfz-Pflichtversicherer	295
17. Keine Ausschließlichkeit	296
18. Derogationsverbot	296
19. Internationale Anerkennungszuständigkeit	296
XII. Inländischer Wohnsitz bzw. Aufenthalt des Klägers	296
1. Grundsätzliche kompetenzrechtliche Irrelevanz des Klägerwohnsitzes/-aufenthalts	296
2. Ehe- und Kindschaftssachen	297
3. Ausnahmeweise Anknüpfung an den Klägerwohnsitz/-aufenthalt im Anwendungsbereich des allgemeinen Zuständigkeitsrechts der §§ 12 ff. ZPO	297
XIII. Internationale Annexzuständigkeit	297
1. Gebührenklage	297
2. Abänderungsklage	298
3. Unterhaltsklage	298
4. Wiederaufnahmeverfahren bezüglich deutscher gerichtlicher Entscheidungen	298
5. Rechtsmittelzuständigkeit	298
a) Verfahrenseinheit	298
b) Prüfung der internationalen Zuständigkeit als Voraussetzung einer Sachentscheidung im Prozeß	299
c) Internationale Anerkennungszuständigkeit	299
d) Qualifikationsfragen	301
6. Rückforderungsklagen	302
7. Übergang vom Erfüllungsanspruch zu Schadensersatz	302
8. Entschädigungsrechtliche Rückzahlungsansprüche	302
9. Kostenerstattung	303

Inhaltsverzeichnis

XIV. Abänderungsklagen	> 303
1. Abänderung deutscher Entscheidung nach § 323 ZPO	303
2. Abänderung ausländischer Entscheidungen	303
XV. Widerklage	304
1. Widerklage gegen Dritte	304
2. Derogierbarkeit	304
3. Internationale Anerkennungszuständigkeit	304
XVI. Zuständigkeitsanknüpfungen, die das deutsche Recht nicht rezi- piert hat	304
1. Streitgenossenzuständigkeit	304
2. Gerichtsstand des Sachzusammenhangs	304
3. Gerichtsstand der Gewährleistungsklage	304
4. Gerichtsstand am Ort des Entstehens der Verbindlichkeit	305
5. Gerichtsstand am Ort der Eheschließung	305
6. Gerichtsstand des Zustellungsortes	305
7. Gerichtsstand der Gegenseitigkeit	306
8. Forum arresti	306
9. Internationale Zuständigkeit für Klagen von Inländern	306
10. Internationale Zuständigkeit für Klagen gegen Inländer	306
11. Forum legis	307
12. Exkurs: Internationale Anerkennungszuständigkeit	307

10. Kapitel: Vereinbarungen über die internationale Zuständigkeit (Internationale Zuständigkeitsvereinbarungen)

I. Die Einigung der Parteien als bestes Mittel für die Feinsteuerung der Zuständigkeitsinteressen für den Einzelfall	307
II. Mißbrauchskontrolle	308
III. Regelung der Gerichtsstandsnovelle 1974.	309
1. § 38 ZPO erfäßt alle Zuständigkeitsvereinbarungen	309
2. Kaufleute	309
3. Nichtkaufleute	309
a) Zuständigkeitsvereinbarungen nach Entstehen der Streitig- keit	309
b) Zuständigkeitsvereinbarung vor Entstehen der Streitigkeit	310
4. Form	311
a) Zuständigkeitsvereinbarungen (Prorogation) zwischen Voll- kaufleuten, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlichrechtlichen Sondervermögen	311
b) Sonstige Zuständigkeitsvereinbarungen	312
c) Lex causae	313
5. Zuständigkeitsvereinbarung zwischen einem Kaufmann und einem Nicht-Kaufmann	313
6. Zuständigkeitsvereinbarungen, an denen mehr als zwei Par- teien beteiligt sind	313

7. Zuständigkeitsvereinbarungen in Zusammenhang mit Bürgschaften und Garantie versprechen.....	313
8. Kritik der Gerichtsstandsnovelle 1974.	313
IV. Nicht vermögensrechtliche Streitigkeiten.	314
V. Unterschiedliche Zulässigkeitsvoraussetzungen für Prorogations- und Derogationsverträge.	315
VI. Ausschließliche internationale Zuständigkeiten.	316
VII. Vorrang des GVÜ.	316
VIII. Möglicher Inhalt einer Zuständigkeitsvereinbarung	317
1. Prorogation und Derogation.	317
2. Vertragsfreiheit der Parteien.	318
3. Keine Gleichberechtigung	318
4. Mehrere Fora.	318
5. Maßgeblichkeit der Parteirolle.	318
6. Begünstigung Dritter.	319
IX. Bestimmung des forum prorogatum durch einen Dritten.	319
X. Internationaler Bezug der Zuständigkeitsvereinbarung	319
XI. Maßgeblicher Zeitpunkt	319
1. Internationale Zuständigkeitsvereinbarung	319
2. Abgrenzung zwischen Kaufleuten und Nichtkaufleuten.	319
3. Anwendungsbereich des GVÜ.	320
XII. Gerichtswahl und Rechtswahl.	320
XIII. Lex fori.	320
XIV. Zustandekommen einer internationalen Zuständigkeitsvereinbarung.	321
1. Prorogations- bzw. Derogationsstatut	321
2. Vertragsschluß.	322
3. Konkretisierung des Streitgegenstandes.	322
4. Insbesondere: Zuständigkeitsvereinbarungen in allgemeinen Geschäftsbedingungen.	322
5. Unsicherheiten bei der Bestimmung der Vertragspartei.	324
6. Geschäfts- und Vertragssprache.	325
7. Die Zeitschranke des § 38 III Nr. 1 ZPO.	326
8. Stellvertretung.	326
9. Behauptungs- und Beweislast für das Zustandekommen einer Zuständigkeitsvereinbarung	326
10. Beweismittel.	327
11. Klage auf Feststellung der Wirksamkeit bzw. der Wirkungen einer Zuständigkeitsvereinbarung	327
XV. Die Wirkungen einer Zuständigkeitsvereinbarung	327
1. Kompetenzverschiebung.	327
2. Prüfungspflicht des Gerichts?	328
3. Pflichten der Parteien.	328

Inhaltsverzeichnis

XVI. Objektive Grenzen des Umfangs einer Zuständigkeitsvereinbarung	328
1. Maßgebend ist der Wille der Parteien	328
2. Konnossemente	329
XVII. Die subjektiven Grenzen der Wirkungen einer Zuständigkeitsvereinbarung	329
1. Grundsatz: Wirkung nur inter partes	329
2. Ausnahme: Zuständigkeitsvereinbarungen zugunsten Dritter	331
3. Keine Zuständigkeits Vereinbarung zu Lasten Dritter	331
XVIII. Aufhebung oder Abänderung der Zuständigkeitsvereinbarung	331
XIX. Unterschiedliche Rechtsquellen	332
XX. Ausschließlichkeit des forum prorogatum?	332
XXI. Prorogation: Begründung der internationalen Zuständigkeit der BRepD durch Zuständigkeitsvereinbarung	332
1. Anspruch auf Justizgewährung	332
2. Erweiterung der Gerichtspflichtigkeit des Beklagten	333
3. Die Zulässigkeit der Begründung der internationalen Zuständigkeit der BRepD durch Parteivereinbarung beurteilt sich stets nach deutschem Recht	333
4. Inlandsbezug nicht erforderlich	334
5. Vollstreckungsmöglichkeit im Inland	335
6. Annahme der Prorogation ohne Rücksicht auf Anerkennung der deutschen Entscheidung im Ausland	335
7. Nicht vermögensrechtliche Streitigkeiten	335
8. örtliche Zuständigkeit	335
a) Gerichtsstand der inländischen Partei	335
b) Fehlen einer Vereinbarung über die örtliche Zuständigkeit	336
9. Kein Gleichlauf zwischen forum und ius	337
10. Beweissicherungsverfahren	337
XXII. Derogation: Ausschluß der an sich gegebenen internationalen Zuständigkeit der BRepD	337
1. Zulässigkeit	337
2. Keine forum conveniens-Erwägungen	338
3. Auslandsbezug nicht erforderlich	338
4. Derogation der internationalen Zuständigkeit der BRepD zum Zweck der Ausschaltung international zwingenden Rechts	338
5. Nichtannahme der Prorogation durch ausländische Gerichte	338
6. Fehlen eines rechtsstaatlichen Mindeststandards am forum prorogatum	338
7. Nichtanerkennung des im forum prorogatum erlassenen Urteils in der BRepD	339
8. Einstweiliger Rechtsschutz	340
9. Derogationseffekt der Prorogation eines ausländischen Gerichts?	340
10. Derogationsverbote	340

a) Ausschließliche internationale Zuständigkeit der BRepD	340
b) Gefahr der Nichtbeachtung von aus deutscher Sicht international zwingendem deutschen Recht durch das forum prorogatum	340
c) Deliktische Klagen	341
d) Derogationsfeste Gerichtsstände	341
e) Nicht vermögensrechtliche Streitigkeiten	341
f) Arbeitssachen	341
11. Wahl einer ausländischen Rechtsordnung als lex causae	341
12. Widerklage am forum derogatum	341
13. Aufrechnung am forum derogatum	342
14. Streitverkündung am forum derogatum	343
15. Beweissicherung am forum derogatum	343
XXIII. Kompetenzkonflikt im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Beurteilung der Wirksamkeit einer ausschließlichen Zuständigkeitsvereinbarung durch das forum prorogatum und das forum derogatum	343
1. Negativer Kompetenzkonflikt	343
2. Positiver Kompetenzkonflikt	343
XXIV. Arbeitssachen	344
XXV. Rechtsvergleichendes	344
XXVI. Freiwillige Gerichtsbarkeit	344
XXVII. Schiedsgerichtliche Erledigung	344
XXVIII. Erfüllungsortsvereinbarung	345
XXIX. Staatsverträge	345
XXX. Internationale Anerkennungszuständigkeit	346
1. Prorogation des Erststaates	346
2. Derogation der internationalen Zuständigkeit des Erststaates	346
a) Sachentscheidung des forum derogatum	346
b) Klageabweisung als unzulässig durch forum derogatum	347
11. Kapitel: Die Prüfung der internationalen Zuständigkeit	
I. Zweck der Zuständigkeitsprüfung	347
II. Terminanberaumung	348
III. Die Prüfung der internationalen Zuständigkeit von Amts wegen	348
1. Überblick	348
2. Die in Betracht kommenden Hypothesen	348
3. Der Regelungsbereich des GVÜ	349
4. Doppelrelevante Tatsachen	350
IV. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der Zuständigkeits-tatsachen	351
1. Eintritt der Zuständigkeitsvoraussetzungen erst während des Rechtsstreits	351

Inhaltsverzeichnis

2. Fortfall der Zuständigkeits Voraussetzungen während des Rechtsstreits	351
3. Stellungnahme	352
4. Exkurs	353
V. Reihenfolge der Prüfung der internationalen Zuständigkeit im Gefüge der einzelnen Prozeßvoraussetzungen	353
VI. Entscheidung über die internationale Zuständigkeit	354
1. Endurteile	354
2. Zwischenurteil	355
3. Keine Verweisung ins Ausland bzw. in die DDR	355
4. Keine Feststellung, welche(r) Staat(en) international zuständig wäre(n)	355
5. Bindungswirkung gemäß § 281 II ZPO	356
VII. Nachprüfung der Entscheidung über die internationale Zuständigkeit durch die Rechtsmittelgerichte	356
1. Unanwendbarkeit der § 512a und § 549 II ZPO	356
2. Bedeutung des § 39 ZPO / Art. 18 GVÜ	356
3. Entscheidung des Rechtsmittelgerichts, wenn es in der Zuständigkeitsfrage zu einem anderen Ergebnis kommt als die Vorinstanz	357
4. Anspruchskonkurrenz	358
VIII. Klage auf Feststellung, daß die BRepD für einen bestimmten Rechtsstreit international zuständig ist	359
IX. Keine Bindung an die Zuständigkeitsentscheidung eines ausländischen Gerichts	359
X. Heilung des Mangels der internationalen Zuständigkeit	359
XI. Exkurs: Die Prüfung der internationalen Anerkennungszuständigkeit	360
XII. Rechtsvergleichendes	360
 12. Kapitel: Regelung der internationalen Entscheidungszuständigkeit in völkerrechtlichen Vereinbarungen	
I. Vorrang vor §§ 12 ff. ZPO	360
II. Normierung der internationalen Entscheidungszuständigkeit	360
III. Die europäische Zuständigkeitsordnung des GVÜ	361
IV. Fälle, die gemäß Art. 57 GVÜ Vorrang vor der europäischen Zuständigkeitsordnung haben	363
1. Art. 52 CIV und Art. 56 CIM	363
2. Art. 31 CMR	363
3. Art. 28 Warschauer Übereinkommen	364
4. Art. 34 II Revidierte Rheinschiffahrtsakte	365
5. Art. 25 II Moselschiffahrtsübereinkommen	365

6. Art. 1 und Art. 2 Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die zivilgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen	365
7. Art. 7 Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe.	365
8. Art. 20 Römisches Abkommen über die Regelung der von ausländischen Flugzeugen verursachten Flur- und Gebäudeschäden	365
9. Art. 13 Pariser Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzprotokoll	365
10. Brüsseler Zusatzübereinkommen	366
11. Art. X Abs. 4 des Brüsseler Übereinkommens über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen.	366
12. Art. IX Abs. 1 des Internationalen Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung für ölverschmutzungsschäden.	366
13. Haager Minderjährigenschutzabkommen.	366

Fünfter Teil: Justizgewährungsanspruch

I. Überblick	367
1. Der Liberalismus der ZPO.	367
2. Das Gegenkonzept der Artikel 14 und 15 Code civil.	367
3. Verbürgung der Gegenseitigkeit nicht erforderlich	367
II. Rechtsgrundlagen.	367
1. Völkerrecht	367
a) Völkergewohnheitsrecht	367
b) Völkervertragsrecht	369
2. Verfassungsrecht	370
III. Die Verflochtenheit eines effektiven Rechtsschutzes mit nahezu allen Bereichen des internationalen Verfahrensrechts.	370
1. Regeln für die internationale Entscheidungszuständigkeit	370
2. Zustellungsrecht	371
3. Beachtlichkeit ausländischer Rechtshängigkeit auf der Grundlage des Prioritätsprinzips.	372
4. Immunitätsrecht	373
5. Parteifähigkeit	374
6. Verfahrensbeschleunigung	374
7. Anerkennungsrecht	374
IV. Justizgewährungsanspruch und Kompetenzrecht	375
1. Zuständigkeitsanknüpfungspunkte in der Sphäre des Beklagten	375
2. Zuständigkeitsanknüpfungen in der Sphäre des Klägers/Antragstellers	375
3. Ausschließliche internationale Zuständigkeit ausländischer Staaten.	376

Inhaltsverzeichnis

V. Justizgewährung ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Parteien	376
1. Überblick	376
2. Staatsangehörigkeitszuständigkeit	376
3. Justizgewährung für Ausländer in Statussachen	377
VI. Keine Justizgewährung aufgrund Maßgeblichkeit deutschen Rechts	378
VII. Keine Rechtsschutzverweigerung bei fremder lex causae	378
VIII. Forum non conveniens.	378
IX. Justizgewährung am forum prorogatum	379
X. Ausschluß des Rechtsschutzes im Inland.	379
XI. Zugang zu den deutschen Gerichten auch für ausländische Staaten und juristische Personen des öffentlichen Rechts	381
XII. Rechtsschutzgewährung durch die Gerichte.	382
XIII. Aufteilung unter die verschiedenen Gerichtsbarkeiten.	382
XIV. Besondere Formen des Zivilprozesses.	383
XV. Einstweiliger Rechtsschutz.	383
XVI. Klagearten.	383
XVII. Rechtsschutzbedürfnis.	384
XVIII. Wesenseigene Zuständigkeit	384
XIX. Anspruch auf Zwangsvollstreckung.	385
XX. Justizgewährung nach Maßgabe der Ausgestaltung des deutschen Zivilprozeßrechts.	385
1. Die Gerichtsverfassung	385
2. Notwendigkeit der Einreichung einer Klageschrift.	385
3. Verhandlungsgrundsatz.	386
4. Präklusion.	386
5. Beweisverfahren	386
6. Versäumnisverfahren.	386
7. Instanzenzug.	386
XXI. Dispositionsgrundsatz.	386
XXII. Pflicht zur Entscheidung	387
XXIII. Sicherheitsleistung für Prozeßkosten.	387
XXIV. Prozeßkostenhilfe.	389
XXV. Einreise.	389
XXVI. Freies Geleit	390
XXVII. Rechtshilfe.	390

Sechster Teil: Die Parteien und ihre Vertreter

I. Der Parteibegriff	392
II. Parteiänderung	392
III. Parteifähigkeit	392
1. Verweisung auf das materielle und/oder prozessuale Personalstatut?	392
2. Schutz des inländischen Rechtsverkehrs.	393
3. Maßgeblichkeit der Sitztheorie für die Bestimmung des Personalstatuts juristischer Personen und Personenvereinigungen.	394
4. Verhältnis zur DDR.	394
5. Exkurs: Anerkennungsstadium.	394
IV. Prozeßfähigkeit und gesetzliche Vertretung	395
1. Prozessuales Personalstatut	395
2. Gesetzliche Vertreter.	395
3. Staatsverträge.	396
4. Freiwillige Gerichtsbarkeit	396
5. Anerkennungsstadium	396
V. Postulationsfähigkeit	396
1. Anwaltszwang	396
2. Anwendung des § 157 ZPO.	397
3. Exkurs.	398
VI. Prozeßvollmacht	398
VII. Prozeßstandschaft	399
1. Lex fori-Prinzip.	399
2. Prozeßführungsbefugnis aufgrund materiellen Rechts.	399
3. Prozeßführungsbefugnis aufgrund Prozeßrechts.	400
4. Auslandskonkurs.	400
5. Exkurs: Anerkennungsstadium.	401
VIII. Beteiligung Dritter am Rechtsstreit	401

Siebter Teil: Internationales Beweisrecht

I. Die Abgrenzungsproblematik	402
II. Das Beweisverfahren als Domäne der lex fori	404
1. Kein Kreuzverhör.	404
2. Beweisbeschluß	404
3. Einführung einer Urkunde in den Prozeß.	405
4. Verhandlungsmaxime.	405
5. Indizienbeweis.	405
6. Zurückweisung verspäteter Angriffs- und Verteidigungsmittel	405
7. Beweisverfahrensarten.	405
8. Beweiserleichterung nach § 287 ZPO.	406
9. Geständnis.	406

Inhaltsverzeichnis

10. Herbeischaffung von Beweismitteln und Auskunftspersonen aus dem Ausland	406
III. Beweisfrage	407
IV. Tatsachen, die Gegenstand des Beweises sind, Beweiserheb- lichkeit	407
V. Beweisbedürftigkeit	408
VI. Offenkundige Tatsachen	408
VII. Beweisvermutungen	408
1. Gesetzliche Vermutungen	409
2. Tatsächliche Vermutungen, insbesondere der Beweis des er- sten Anscheins	410
VIII. Beweis ausländischen Rechts	411
IX. Beweisthemenverbote	411
X. Beweisverbote des Estoppel	412
1. Vollmangelmangel	412
2. Estoppel by record	412
XI. Unsichere Beweise	413
XII. Beweishindernisse	413
XIII. Beweisverwertungsverbote	414
XIV. Beweismittel	414
1. Überblick	414
2. Zeugen	416
3. Sachverständige	419
4. Parteivernehmung	419
5. Urkunden	419
6. Richterlicher Augenschein	421
7. Numerus clausus der Beweismittel	421
XV. Beweismaß	421
XVI. Beweis Würdigung.....	422
XVII. Beweislast	423
1. Grundsatz: Maßgeblichkeit der lex causae	423
2. Ausnahme: Maßgeblichkeit der lex fori	423
3. Besonderheiten der angelsächsischen Rechtsordnungen: Auf- gabenteilung zwischen Richter und Jury	423
XVIII. Pflicht zur Sachentscheidung	424

Achter Teil: Die Anwendung ausländischen Rechts durch die deutschen Gerichte

I. Pflicht zur kollisionsrechtlichen Entscheidung	425
II. Pflicht, den Inhalt des vom deutschen IPR berufenen ausländi- schen Rechts zu ermitteln.	426
1. Rechtsnormqualität ausländischen Rechts	426

2. Der „Beweis“ ausländischen Rechts.	426
3. Versäumnisverfahren.	428
4. Eilentscheidung.	428
III. Anwendung ausländischen Rechts.	428
IV. Ersatzrecht, wenn der Inhalt des ausländischen Rechts nicht fest- gestellt werden kann.	429
V. Irrevisibilität ausländischen Rechts.	429
1. Grundsatz.	429
2. Die Ausnahmen vom Grundsatz der Irrevisibilität ausländi- schen Rechts.	430
3. Unrichtige Anwendung deutschen IPR.	431
4. Nachprüfung des ausländischen Rechts auf seine Vereinbarkeit mit dem deutschen ordre public.	431
5. Nachprüfung des § 293 ZPO.	431
VI. Keine Kostenvorschußpflicht.	432
VII. Rechtstatsächliches - Foralpraxis praeter legem.	432

Neunter Teil: Die Bedeutung eines im
Ausland anhängigen Verfahrens bei
Identität oder Konnexität des Streitgegenstandes

I. Überblick.	433
II. Berücksichtigung der ausländischen Rechtshängigkeit nur bei positiver Anerkennungsprognose.	433
1. Autonomes deutsches Recht.	433
2. Völkerrecht.	434
III. Identität des Streitgegenstandes.	434
IV. Konnexität beider Verfahren.	435
V. Prioritätsprinzip.	435
VI. Seerecht.	435
VII. Kein Gegenseitigkeitserfordernis.	436
VIII. Beachtung von Amts wegen.	436
IX. Ehesachen.	436
X. Zwischenurteil.	437
XL Aussetzung.	437
XII. Justizverweigerung im Ausland.	437
XIII. Negative Feststellungsklage.	437

**Zehnter Teil: Anerkennung und Vollstreckung
ausländischer Entscheidungen**

1. Kapitel: Anerkennung ausländischer Entscheidungen

I. Rechtsgrundlagen	438
1. Völkerrecht	438
2. Autonomes Recht	439
3. Verhältnis des anerkennungsfreundlicheren autonomen Rechts zum (strengeren) Vertragsrecht	440
II. Anerkennung bedeutet Wirkungserstreckung	440
1. Gegenstand der Anerkennung	440
2. Grenzen der Wirkungserstreckung	441
3. Materielle rechtliche Urteilswirkungen	442
4. Entscheidungen in der Sache	442
5. Ausländische Vollstreckungsakte	443
6. Durchführung eines Anerkennungsverfahrens nicht erforderlich	443
7. Zeitpunkt der Anerkennung	443
III. Anerkennungsfähige Urteilswirkungen	443
1. Überblick	443
2. Materielle Rechtskraft (Feststellungswirkung)	443
3. Präklusionswirkung	445
4. Gestaltungswirkung	445
5. Streitverkündungs- und Interventionswirkung	445
IV. Nicht anerkennungsfähige Urteilswirkungen	446
V. Anerkennung in dritten Staaten	447
VI. Anwendungsbereich des § 328 ZPO	448
1. Urteil	448
2. Zivilrechtliche Streitgegenstände	449
3. Gericht	449
4. Streitige Gerichtsbarkeit	450
5. Konkursrechtliche Entscheidungen	450
6. DDR-Urteile	450
7. Verbürgung der Gegenseitigkeit	450
VII. Anerkennung gemäß § 16a FGG	451
VIII. Anerkennungsvoraussetzungen	451
1. Wirksamkeit der anzuerkennenden ausländischen Entscheidung nach dem Recht des Erststaates	451
2. Festlegung des Vorrangs bei Kollision mehrerer Entscheidungen über die gleiche Sache	451
3. Prüfung der Gerichtsbarkeit und der internationalen Zuständigkeit des Erststaates	452
4. Beschränkte Überprüfung der Sachentscheidung	455
IX. Anerkennung unmittelbar kraft Gesetzes ohne Durchführung eines Anerkennungsverfahrens	462

1. Grundsatz	462
2. Ausnahme: Ehesachen	462
X. Bedürfnis nach rechtskräftiger Klärung der Anerkennungs- bzw. Nichtanerkennungsfähigkeit	462
1. Feststellungsklage	462
2. Feststellungsverfahren nach Art. 26 II GVÜ	463
3. Verhältnis zwischen Feststellung der Anerkennungsvoraussetzungen und Vollstreckbarerklärung	463
XL Das Anerkennungsverfahren für Entscheidungen in Ehesachen	464
1. Monopolisierung der Entscheidung über das Vorliegen/Nichtvorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen bei der Landesjustizverwaltung	464
2. Aussetzungspflicht für die Gerichte	464
3. Nebenentscheidungen	464
4. Feststellungswirkung	465
5. Anwendungsbereich	465
6. Anerkennungsprognose im Zusammenhang mit der Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit	466
XII. Folgen der Versagung der Anerkennung	466
1. Nichtbeachtung der ausländischen Entscheidung	466
2. Rückforderung des aufgrund des ausländischen Urteils Geleisteten	467
3. Beweiskraft	467
4. Parteivereinbarungen	467
XIII. Teilanerkennung	468
XIV. Aufhebung der ausländischen Entscheidung im Erststaat	469
XV. Anerkennung von Entscheidungen der DDR-Gerichte	469
 2. Kapitel: Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel	
I. Nichtanerkennung der erststaatlichen Vollstreckbarkeit	470
II. Streitgegenstand des deutschen Vollstreckbarerklärungsverfahrens	471
III. Vollstreckbarerklärungsfähige Urteile und sonstige Titel	471
IV. Vollstreckungstitel, für die eine Vollstreckbarerklärung nicht in Betracht kommt	472
1. Exequaturentscheidungen	472
2. Leistungsurteile, die aufgrund einer actio iudicati ergangen sind	472
3. Schiedssprüche	473
V. Vollstreckbarerklärungsvoraussetzungen	473
VI. Vollstreckung aus vorläufig vollstreckbaren Titeln	474
VII. Konkurs im Erststaat	474
VIII. Vollstreckbarerklärungsverfahren	474

Inhaltsverzeichnis

1. Die verschiedenen Verfahrensarten	474
2. Zuständigkeit	475
3. Durchführung des Verfahrens nach § 722 ZPO.	476
IX. Einwendungen gegen den dem Vollstreckungstitel zugrundeliegenden Anspruch	477
1. Keine Verweisung des Schuldners auf die ihm offenstehenden Rechtsbehelfsmöglichkeiten im Erststaat	477
2. Keine Verletzung des Verbots der revision au fond	477
3. Berücksichtigung im Vollstreckbarerklärungsverfahren	477
4. Berücksichtigung nach Abschluß des Vollstreckbarerklärungsverfahrens.	478
X. Passivlegitimation	478
XL Grundlage für die Zwangsvollstreckung im Inland.	478
XII. Ergänzungen des erststaatlichen Vollstreckungstitels.	478
1. Grundsatz	478
2. Zwangsgeld.	478
3. Festsetzung von Zinsen und Mehrwertsteuer.	479
4. Regelunterhalt	479
5. Umrechnung des auf ausländische Valuta lautenden Vollstreckungstitels auf die im Zweitstaat geltende Währung	479
XIII. Gleichstellung des für vollstreckbar erklärten erststaatlichen Vollstreckungstitels mit zweitstaatlichen Titeln.	480
XIV. Die res iudicata-Wirkung der Entscheidung über den Vollstreckbarerklärungsantrag	480
XV. Leistungsklage aus ausländischem Urteil.	481
XVI. Eventualleistungs- und Abänderungsklage aus materiellem Rechtsverhältnis.	481
XVII. Vollstreckungsgegenklage.	481
XVIII. Rechtshängigkeit	482
XIX. Vollstreckung aus Anordnungen und Beschlüssen aus dem Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit	482
XX. DDR-Urteile	482

Elfter Teil: Internationales Zwangsvollstreckungsrecht

I. Singularzwangsvollstreckung	483
1. Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit	483
2. Vollstreckungstitel.	483
3. Ausländische lex causae.	483
4. Zwangsgeld.	483
5. Zustellung	484
6. Rechtsbehelfe.	484
7. Executio non conveniens.	484

8. Schadensersatz wegen nicht berechtigter Zwangsvollstreckung	484
9. Nichtanerkennung ausländischer Vollstreckungsakte	484
II. Internationales Konkursrecht	484
1. Gerichtsbarkeit	484
2. Internationale Konkurszuständigkeit	485
3. Universalitätsanspruch des deutschen Konkurses	485
4. Anerkennung ausländischer Konkurse	485
5. Konkursanfechtung	486
6. Konkursaufrechnung	487
7. Sanierungsverfahren zur Abwendung des gerichtlichen Konkursverfahrens	487
8. Staatsverträge	487

Zwölfter Teil: Internationale Rechtshilfe

I. Überblick	488
II. Rechtsgrundlagen	488
1. Völkerrecht	488
2. Nationales Recht	489
III. Entscheidung über den Rechtshilfeantrag	489
IV. Ausführung des ausländischen Rechtshilfeersuchens	490
1. Staatsverträge	490
2. Vertragslose Rechtshilfe	491
V. Beweisaufnahme nach dem Recht des ersuchenden Staates	491
VI. Zeugnisverweigerungsrechte und Aussageverbote	492
VII. Notwendigkeit der Inanspruchnahme von Rechtshilfe eines fremden Staates	493
VIII. Verfahren bei Inanspruchnahme ausländischer Rechtshilfe durch deutsche Gerichte	493
IX. DDR	494
Sachverzeichnis	495